



DIE BUNDESMINISTERIN
für UMWELT
MARIA RAUCH-KALLAT

A-1031 WIEN, am 14. April 1995
RADETZKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58
TELEFAX (0222) 713 88 90

GZ. 70 0502/26-Pr.2/95

XIX. GP.-NR
609/AB
1995-04-21

An den
Präsidenten des
Nationalrates

ZU

620/J

Parlament
1017 Wien

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Alexander Van der Bellen und Freundinnen und Freunde, haben am 22. Februar 1995 unter Nr. 620/J folgende Anfrage betreffend zusätzliche Planstellen im Umweltministerium an mich gerichtet:

Anlässlich der Regierungsbildung wurde koalitionär erklärt, daß durch die Neuschaffung des Familienministeriums keine zusätzlichen Personalvermehrungen entstehen. Eine derartige - und wie sich nunmehr herausstellt - unrichtige Darstellung ist auch in den Erläuterungen zur entsprechenden Novelle des Bundesministeriengesetzes enthalten.

Gemäß den Informationen, die den anfragenden Abgeordneten vorliegen, wird nun aber eine massive Planstellenvermehrung vorbereitet.

Die von Ihnen und der Frau Bundesministerin für Jugend und Familie dem Bundeskanzleramt eingereichten Stellenplananträge wiesen ein Personalmehr von etwa 50 Stellen aus. Zugestanden werden Ihnen und dem Bundesministerium für Jugend und Familie nach unserem Informationsstand rund 30 zusätzliche Planstellen.

Diese Vorgangsweise steht nicht nur im eklatanten Widerspruch zu den Erklärungen der Regierung, sondern auch zu dem (von Ihnen nicht mitgetragenen und mitbeschlossenen?) Ministerratsbeschluß vom 20. Dezember 1994, wonach die Stellen um 1 % zu vermindern sind.

Wie weiters bekannt ist, haben Sie in Ihrem Ressort auch die im gleichen Ministerrat beschlossene 10%ige Überstunden- und Nebengebührenkürzung nicht durchgeführt.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an Sie folgende

ANFRAGE

- 1) Haben Sie den Ministerratsbeschluß vom 20. Dezember 1994, der für Ihr Ressort keine Ausnahmen vorsieht, mitbeschlossen?
- 2) Wenn ja, warum weigern Sie sich, in Ihrem Ressort Stellen und Überstunden zu kürzen? Wenn nein, glauben Sie an den Ministerratsbeschluß nicht gebunden zu sein?
- 3) Wie hoch ist der von Ihnen gemeinsam mit der Frau Bundesministerin für Jugend und Familie für den Stellenplan 1995 gestellte Antrag und wieviele Stellenvermehrungen werden dort für die beiden Ressorts gefordert?
(Bitte Aufschlüsselung der Stellen.)
- 4) Wieviele zusätzliche Planstellen haben Sie für das Umweltministerium allein gefordert? (Bitte Aufschlüsselung der Stellen.)
- 5) Wieviele zusätzliche Planstellen sind im Stellenplan 1995 für das Umweltministerium vorgesehen? (Bitte Aufschlüsselung der Stellen.)
- 6) Welche zusätzlichen Abteilungen und Gruppen haben Sie seit Ihrem Amtsantritt im Umweltministerium geschaffen? Welche Aufgaben haben diese neuen Abteilungen und Gruppen?
- 7) Sind Ihre Überlegungen bezüglich einer eigenen Präsidialsektion (siehe Ihre Antwort auf die Anfrage 274/J von Dr. KEPPELMÜLLER und Genossen vom Februar 1995) abgeschlossen, und welche personellen Konsequenzen ergeben sich daraus, vor allem für den Stellenplan 1995?
- 8) Wie soll die geschäftsordnungsmäßige Gliederung der neuen Präsidialsektion gestaltet sein, wieviele Abteilungen enthält sie, und wie quantifizieren Sie den mittelfristig dafür erforderlichen Personalbedarf?

- 3 -

- 9) Ist Ihnen bewußt, daß Finanzminister LACINA in seiner Beantwortung der Anfrage 207/J von Mag. SCHREINER und Genossen vom 30. Dezember 1994 die derzeitige (gemeinsame) Präsidialstruktur als "zweckmäßig und kostengünstig" bezeichnet, die "sicherlich Einsparungseffekte ergeben" hat?

Hiezu beehre ich mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

ad 1):

An der Sitzung des Ministerrates am 20. Dezember 1994 habe ich persönlich nicht teilgenommen, fühle mich jedoch selbstverständlich an die gefaßten Beschlüsse gebunden.

ad 2):

Durch diese von der Bundesregierung beschlossenen Sparmaßnahmen sind zwar alle Ressorts angesprochen, die Einsparungsziele sind jedoch aus meiner Sicht als bundesweites Gesamtvorhaben anzusehen. Die unterschiedlichen Anforderungen an die einzelnen Ressorts und die Prioritäten in den Regierungsvorhaben ermöglichen keine völlig gleichmäßige Reduktion von Planstellen und Personalkosten. Auch die unterschiedliche Größe der Ressorts (hinsichtlich des Personalstandes) spielt bei der Beurteilung von Einsparungspotentialen eine wesentliche Rolle. Im Bundesministerium für Umwelt kann eine Aufrechterhaltung geordneter Verwaltungsabläufe unter Bedachtnahme auf die ständig steigenden Anforderungen nur mit zusätzlichem Personal gewährleistet werden.

Die Feststellung, in meinem Ressort würden die geforderten Überstundenkürzungen nicht durchgeführt, entspricht nicht den Tatsachen.

Die Personalabteilung und die Leitungsfunktionäre meines Ressorts wurden angewiesen, bei der Anordnung von Überstunden restriktiv vorzugehen, besonders zeitaufwendige Maßnahmen entsprechend einzuschränken und unvermeidbare Mehrleistungen vorrangig durch Zeitausgleich abzugelten. Darüber hinaus werden die Möglichkeiten zur Straffung der Verwaltungsabläufe überprüft und sektionsweise Prioritätenlisten für die einzelnen Aufgabenbereiche bezüglich der Reihenfolge einer möglichen Reduktion der Mehrleistungen erstellt.

Bei jenen Bediensteten, die pauschalierte Überstundenvergütungen beziehen, würden diese bereits um 10 % vermindert.

Der relativ niedrige Altersdurchschnitt in meinem Ressort hat zur Folge, daß durch den Struktureffekt die Kosten für Überstunden auch bei gleichbleibender Stundenanzahl überdurchschnittlich ansteigen.

Eine nicht unerhebliche Komponente bei der Darstellung der derzeit erforderlichen Mehrleistungen ergibt sich aus der Dislozierung des Ressorts auf 6 Standorte. Eine Unterbringung der Zentralleitung in einem Gebäude würde erhebliche Einsparungen mit sich bringen.

Abschließend muß darauf hingewiesen werden, daß die ordnungsgemäße Wahrnehmung der dem Ressort übertragenen Aufgaben bei tatsächlicher Reduktion des Aufwandes für Mehrleistungen um 10 % gefährdet ist. Vor allem der Vollzug neuer Rechtsmaterien (z.B. UVP-Gesetz) kann nicht im vollen Umfang gewährleistet werden, da auch das hierfür vorgesehene zusätzliche Personal nicht bzw. nicht im erforderlichen Ausmaß zur Verfügung gestellt werden konnte. Auch jene Aufgaben, die für die Öffentlichkeit besondere Bedeutung haben (Ozonmessungen an Wochenenden, Betreuung von Immissionsmeßstellen, Registrierung von Chemikalien, Zulassung von Pflanzenschutzmitteln, etc.), könnten nicht mehr im bisherigen Umfang erbracht werden.

Aus meiner Sicht wurden bzw. werden alle gegebenen Möglichkeiten zur Erbringung der geforderten Verminderung des Aufwandes für Mehrdienstleistungen ausgeschöpft. Ob dies unter den dargestellten besonders schwierigen Umständen realisierbar sein wird, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht endgültig abgeschätzt werden.

ad 3):

Mit der Frau Bundesministerin für Jugend und Familie wurde kein gemeinsamer Antrag für den Stellenplan 1995 eingebracht.

ad 4):

Der Antrag des Bundesministeriums für Umwelt für den Stellenplan 1995 lautete für die Zentralleitung auf 37 (17 A, 9 B, 6 c, 5 d) und für das Umweltbundesamt auf 15 (5 A, 4 B, 3 c, 2 d, 1 p4) zusätzliche Planstellen.

ad 5):

Mit dem Stellenplan 1995 ist die Zuweisung von insgesamt 14 zusätzlichen Planstellen (12 für die Zentralleitung und 2 für das Umweltbundesamt) vorgesehen.

Zentralleitung (5 A, 3 B, 3 c, 1 d)

Da die für die Wahrnehmung der dem Ressort übertragenen zusätzlichen Aufgaben an sich erforderlichen Planstellen nicht annähernd zur Verfügung gestellt werden, ist eine intensive Strukturanalyse und Bedarfsermittlung in den einzelnen Fachbereichen erforderlich.

- 5 -

Umweltbundesamt

1 A - für die Bewertung von Verdachtsflächen und Altlasten im Rahmen des Altlastensanierungsgesetzes

1 B - für die Mitarbeit an der Registrierung von Umweltchemikalien in Vollzug des Chemikaliengesetzes

ad 6):

Seit meinem Amtsantritt wurden von mir folgende Gruppen und Abteilungen neu eingerichtet (die Bezeichnung der Organisationseinheiten erfolgt in der seinerzeitigen Benennung im BMUJF vor Einrichtung des BMJF; die Aufgaben werden aus Gründen der Übersichtlichkeit nur in Stichworten dargestellt):

Für den Umweltbereich:

Mit Inkrafttreten des Umweltförderungsgesetzes (Ausgliederung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds) am **1.4.1993** wurden beim Ressort verbleibende Aufgabenbereiche (u.a. Siedlungswasserwirtschaft) aus dem Fonds in die Sektion V übertragen und als Abteilung V/7 eingerichtet.

Die ständige Ausweitung der dem Ressort aus dem Umweltbereich übertragenen Aufgaben erforderten **zum 1.1.1994** einige Organisationsänderungen. Folgende Organisationseinheiten wurden zu diesem Zeitpunkt neu eingerichtet:

Abteilung I/11 (verkehrsrelevante Angelegenheiten des Umweltschutzes)

Abteilung II/7 (im Rahmen der Gruppe II/A, für internationale Angelegenheiten der Chemiepolitik)

Gruppe II/C (bestehend aus den bereits vorhandenen Abteilungen II/1 und II/5, für rechtliche Angelegenheiten der Umweltverträglichkeitsprüfung, Ökoauditing, rechtliche Angelegenheiten nach dem Umweltförderungsgesetz)

Abteilung V/9 (im Rahmen der Gruppe V/B für logistische Angelegenheiten der Abfallwirtschaft und der Altlastensanierung und internationale Angelegenheiten der Abfallwirtschaft).

Gruppe V/C (für fachliche Angelegenheiten der Abfallwirtschaft und der Altlastensanierung; bestehend aus der Abteilung V/2 und der neuen

Abteilung V/8 - Technologiebewertung von Anlagen, Verdachtsflächenkataster, Altlastenatlas)

Änderungen mit 15.12.1994:

Die ADV-Gruppe (früher Gruppe I/A) wurde aus der Sektion I herausgelöst und als Präsidialgruppe A (bestehend aus den Präsidialabteilungen 5 und 6) eingerichtet. Diese Gruppe hat seit 1.1.1995 auch die ADV-Angelegenheiten des BMJF wahrzunehmen. Die auf verschiedene Fachbereiche aufgesplitterten Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit wurden in einer neuen Präsidialabteilung 4 zusammengefaßt.

Aus der Abteilung I/3 und einer neuen Abteilung I/2 wurde eine neue Gruppe I/A geschaffen (fachlich-technische und technologiepolitische Angelegenheiten; betriebliche Umweltförderung; Umwelterziehung und -beratung; Umweltdaten und -information).

ad 7):

Wie in meiner Beantwortung der parlamentarischen Anfrage 274/J bereits ausgeführt, erscheint mir die Einrichtung eines eigenen Präsidiums im Hinblick auf die zu erwartenden positiven Auswirkungen auf die zentrale Verwaltung erforderlich, jedoch habe ich nicht die Absicht, hierfür eine eigene Sektion zu gründen. Wie mir aus dem Bereich der Präsidialsektion des Bundesministeriums für Finanzen, die die Präsidialagenden sowohl für mein Ressort als auch für das Bundesministerium für Jugend und Familie zusätzlich wahrzunehmen hat, mehrfach mitgeteilt wurde, ist in der gegenwärtigen Situation aus strukturellen und personellen Gründen die ordnungsgemäße und rechtzeitige Wahrnehmung aller Aufgaben in Frage gestellt.

Unter Berücksichtigung der personellen Situation bzw. der zu geringen Anzahl der hierfür derzeit zur Verfügung stehenden Planstellen konnten die Überlegungen bezüglich der Einrichtung eines eigenen Präsidiums noch nicht abgeschlossen werden.

Für den Stellenplan 1995 ergeben sich aus den angestellten Überlegungen keine Konsequenzen.

ad 8):

Wie bereits angeführt, ist die Einrichtung einer Präsidialsektion nicht vorgesehen. Auch sind die Untersuchungen über die Organisation eines künftigen eigenen Präsidiums noch nicht abgeschlossen, es ist derzeit auch noch nicht abschätzbar, wie hoch der Personalbedarf sein wird. Dies wird auch davon abhängen, wieviele Planstellen und auch

- 7 -

Bedienstete aus der derzeitigen Präsidialsektion des Bundesministeriums für Finanzen übertragen werden können.

ad 9):

Die Beantwortung des Herrn Bundesministers für Finanzen zur parlamentarischen Anfrage 207/J ist mir bekannt. Seit dieser Beantwortung ist jedoch auch der Herr Finanzminister zur Überzeugung gelangt, daß eine den Erfordernissen aller drei zu betreuenden Ressorts gerecht werdende ordnungsgemäße Weiterführung der Präsidialagenden im Rahmen seiner Präsidialsektion in Frage gestellt ist. Dies wurde mir durch den Leiter der Präsidialsektion in mehreren Besprechungen und auch schriftlich mitgeteilt.

Die Bundesministerin:



(Maria RAUCH-KALLAT)